

Ein Vortrag an der University of New Mexico. Der Referent spricht über die aktuelle politische Lage in den USA. Dabei bezeichnet er sich selbst als „gefährlichste Schwuchtel der Welt“. Er fordert, dass es eine stärkere Überwachung der US-Grenzen geben soll. Eine junge Frau, die ein Kopftuch trägt, spricht er direkt an: „Du trägst ein Kopftuch in Amerika – was soll das?“. Danach fordert er das Publikum auf „USA, USA“ zu skandieren. Dabei trägt er eine Polizeiuniform samt Lederkappe und Schutzweste.

Der Referent ist Milo Yiannopoulos, mittlerweile zurückgetretener Redakteur bei Breitbart News, einer rechtspopulistischen amerikanischen Nachrichtenplattform. Und obwohl bekannt war, in welche Richtung Yiannopoulos' Vortrag gehen könnte, konnte sich die University of New Mexico nicht wirklich dagegen wehren, dass der Blogger Ende Jänner bei ihnen referieren durfte. In den USA gilt für Universitäten der „Free Speech“-Gedanke. Ein jeder soll zu Wort kommen, egal welches Geistes Kind er ist. Dennoch wurde ein geplanter Vortrag von Yiannopoulos in Berkeley wenige Tage später abgesagt. Die Proteste der Studenten waren bereits im Vorfeld zu heftig.

Universitäten als Keimzelle von Demokratieverständnis. Unter dieser Vorgabe wurden nicht nur zahlreiche US-Hochschulen aufgezogen, sondern erst recht ihre europäischen Pendanten. Gleichzeitig bekamen Universitäten im Laufe der Jahrzehnte eine eindeutige politische Richtung: Nachweislich sind linksliberal Tendierende an Unis stärker vertreten als im Rest der Bevölkerung. Sind Universitäten also noch die Keimzelle von Demokratieverständnis? Und wie stark wird ein pluralistisches Demokratiebewusstsein vorgelebt? „Die Politisierung von Studierenden und Lehrenden hat sich gewandelt“, sagt Franz Kok, Politikwissenschaftler an der Uni Salzburg. Individuelle und professionelle Ziele seien wichtiger geworden, altruistische oder ideologische Triebfedern hätten an Bedeutung verloren. „Es ist auch schwieriger geworden, Studierende für politisches Engagement zu gewinnen.“ Den Grund sieht Kok in der „Ökonomisierung und Individualisierung der Ausbildung und des Studienalltags“.

Philip Flacke ist ähnlicher Meinung. Der Vorsitzende der bundesweiten Österreichischen Hochschülerschaft (ÖH) ortet einen Trend „weg von Bildung hin zu Ausbildung“. Unter anderem deshalb sei es ein wenig verloren gegangen, dass Universitäten Keimzellen von Demokratieverständnis sind. Um das zu ändern, müsste laut Flacke politische Bildung stärker in die Lehrpläne integriert werden: „Man erwartet, dass Studenten zu mündigen Bürgern gemacht werden. Wie soll das funktionieren, wenn ich

Wo Demokratie leben soll

Nicht nur Medien kämpfen mit einer Vertrauenskrise. Auch Unis wird vorgeworfen, zu wenig zu einem breiten Demokratiebewusstsein beizutragen. Doch wie soll Demokratieverständnis überhaupt vermittelt werden?

RALF HILLEBRAND



noch nie was von Staatstheorie gehört habe?“ Deshalb plädiert der ÖH-Vorsitzende für mehr freie Wahlfächer, die dann eben für solche Kurse genutzt werden können. Parallel nimmt Flacke die Hochschülerschaft selbst in die Pflicht. Die ÖH sollte seiner Meinung nach die Studenten noch stärker in gesellschaftspolitischen Belangen vertreten. Doch ist die ÖH dafür nicht selbst zu stark in einer (linksliberalen) politischen Richtung verhaftet? „Nicht unbedingt“, sagt Flacke. Es gebe einige Universitäten, an denen nicht rote oder grüne Studenten die Mehrheit bilden würden, sondern etwa schwarze. Und seine Partei, die Unabhängigen Fachschaftslisten Österreichs (FLÖ), seien ja ebenso ein Zusammenschluss von unabhängigen Studenten.

Kornelia Hahn, Leiterin der Abteilung Soziologie an der Uni Salzburg, sieht die demokratiepolitische Funktion von Universitäten vor allem im Bereich der öffentlichen Kommunikation. Einerseits wäre es sinnvoll, wenn sich die Wissenschaft mit den Ergebnissen von veröffentlichten Erhebungen, etwa von Wahlprognosen, kritisch auseinandersetze. Andererseits sollten die Unis selbst „verstärkt an die Öffentlichkeit gehen und Gewährleute darstellen für wissenschaftlich begründete Argumente“. Es hält jedoch der Vorwurf, selbst Wissenschaftler seien nicht objektiv. Deshalb würden etwa Wahlumfragen, die nicht in das Weltbild passen, gar nicht nach außen getragen – zum Beispiel Studien, die Trump bei der US-Wahl vorn sahen. Auch Hahn

hat solche Fälle schon erlebt: „Es kommt sogar vor, dass dann die Untersuchung umgestellt wird. Das ist für mich vollkommen unverständlich.“ Freilich hätten Wissenschaftler die Wahrheit nicht gepachtet – und hundertprozentige Objektivität gebe es sowieso nie. „Aber eben deshalb sitzen wir hier. Wir üben ein, persönliche Meinungen nicht Überhand nehmen zu lassen. Ein Satz wie ‚In meiner Vorstellung‘ interessiert in der Wissenschaft niemanden.“ Auch deswegen mache Hahn grundsätzlich keine Umfragen. Ihr ist der Anteil an sozial erwünschten Antworten zu hoch. Die Soziologin setzt stattdessen auf Beobachtungen oder Tracking. Im Mittelpunkt steht für Hahn vor allem ein Leitsatz: „Wir müssen uns selbst in unserer Subjektivität kontrollieren.“

IMPRESSUM

Die „Salzburger Uni-Nachrichten“ sind eine Verlagsbeilage der „Salzburger Nachrichten“.

Redaktion:

Dr. Michael Roither in Kooperation mit: Mag. Gabriele Pfeifer und Dr. Josef Leyrer (Universität Salzburg), Thomas Manhart und Dr. Ulrike Godler (Universität Mozarteum), Ilse Spadlinek (Paracelsus Medizinische Privatuniversität)

Grafik: Walter Brand

Projektbetreuung: Clemens Höttinger

Medieninhaber:

Salzburger Nachrichten Verlagsges. m.b.H. & Co. KG

Herausgeber: Dr. Maximilian Dasch

Chefredakteur: Manfred Perterer

Druck: Druckzentrum Salzburg

Alle: Karolingerstraße 38–40, 5021 Salzburg

Für diese Beilage wurden gemäß § 26 Mediengesetz Druckkostenbeiträge geleistet.

WIE WICHTIG SIND FÜR DICH DEMOKRATISCHE WERTE? – WELCHE SIND DIR AM WICHTIGSTEN?



Vanessa Marent (26), Politikwissenschaft an der Uni Salzburg: „Die Besinnung auf unsere demokratischen Werte ist in einer politisch turbulenten Zeit, in der die Gesellschaft auseinander zu driften droht, enorm wichtig. Umso mehr müssen wir an diesen Werten festhalten. Seien es die Minderheitenrechte, der Gleichheitsgrundsatz oder die Toleranz Andersdenkenden gegenüber. In der Politik halte ich freie und geheime Wahlen für zentral. Dazu gehört auch die Akzeptanz von Wahlergebnissen.“ BILD: SN/PLUS



Tamara Obermayr (19), Salzburg, Gesang an der Uni Mozarteum: „Mir sind demokratische Werte sehr wichtig, da Demokratie Mitbestimmung des Einzelnen bedeutet. Aufgeschlossenes Denken gegenüber der Meinung anderer und Achtung vor dem Gegenüber empfinde ich, vor allem in der heutigen Zeit, als ausschlaggebend. Wichtige demokratische Werte sind für mich das Mitspracherecht, die Achtung der Menschenrechte und das Wahlrecht für alle bzw. an der Uni die Studentenvertretung.“ BILD: SN/MOZ



Amelie Hartig (19), Perchtoldsdorf/NÖ, Humanmedizin an der PMU: „Demokratie und Demokratieverständnis ist auch für mich als Studentin ungemein wichtig, geht es doch darum, mitbestimmen und partizipieren zu können und gleichberechtigt mit allen zu sein. Chancengleichheit gehört also dazu, Mitbestimmung und Fairness – fair miteinander umzugehen ist besonders in der Gruppe sehr wichtig. An einer Universität sollte Demokratieverständnis dazu gehören und weit verbreitet sein.“ BILD: SN/PMU



Tobias Kremshuber (23), Salzburg, Lehramt Musikziehung und IGP Gesang an der Uni Mozarteum: „Die Demokratie ist eine der großen Errungenschaften unserer Zeit. Allerdings ist sie auch träge und man muss sich auf Kompromisse einigen, was gleichzeitig bedeutet, dass die angebotenen Lösungen Probleme oft nur verdrängen. Es bräuhete eine Erneuerung der Demokratie: Weniger Parteien, mehr Experten. Über deren Lösungen sollte direkt demokratisch entschieden werden.“ BILD: SN/MOZ



Lukas Forchner (29), Rechtswissenschaften an der Uni Salzburg: „Demokratische Werte sind unumstößliche Werte unserer Gesellschaft. Ohne die Grundfreiheiten, Achtung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit könnten wir nicht leben, wie wir es heute tun und der Staat würde nicht funktionieren. Dazu gehört auch die Parteienvielfalt. Neben Regierungsparteien muss es eine freie Opposition geben. Bei strittigen Themen muss immer der Dialog die Lösung sein.“ BILD: SN/PLUS